sachverständige (die BSB hat natürlich zu wenige Fachkräfte für Arbeitssicherheit!) zur Hilfe zu holen und die Schulleitungen und Schulaufsichten stärker in die persönliche Verantwortung zu nehmen. In Summe also erneut: rechts- und fachkundig Druck zu erzeugen.

Es ist offensichtlich fahrlässig, dass diese Behörde sich in Fragen des Gesundheitsschutzes selber kontrolliert. Der BSB geht es zu oft um den guten Schein, die Wirklichkeit wird bewusst und aktiv mit der selek-

tiven Nutzung ihrer Werkzeuge ausgeblendet. So ignoriert die Schulinspektion absichtlich die Belastungssituation der Lehrkräfte und gibt dennoch vor, Schulqualität zu ermitteln – als sei guter Unterricht trotz massiver Überlastung dauerhaft realistisch. Noch bezeichnender ist aber, dass die BSB seit ein paar Jahren eine abgewandelte Gewaltstatistik führt: Durch eine geänderte Datenerfassung folgten auf die regelmäßig deutlich über 100 gemeldeten Übergriffe gegen Beschäftigte bis 2015 nur noch 21 Fälle 2016 und schließlich nur noch zwei Fälle von Übergriffen gegen Beschäftigte im Verantwortungsbereich der BSB im Jahr 2019 – inklusive des HIBB. (vgl. SKA 21/9481, SKA 21/20036).

Entsprechend gut steht man im Vergleich (allein der Landesbetrieb Erziehung und Beratung mit einem Bruchteil an Mitarbeiter_innen meldete 33 Übergriffe) nun offiziell da – eine blühende Schullandschaft eben.

OLE WALDMANN Gretel-Bergmann-Schule

DIGITALE AUSSTATTUNG

"Wie ein Auto ohne Zündschlüssel"

Weder klappt die Einrichtung der digitalen Endgeräte noch genügt die Datengeschwindigkeit, um den Anforderungen digitalen Unterrichtens zu genügen

Auf eine Kleine Anfrage der Partei DIE LINKE musste die BSB kleinmütig eingestehen, dass es mit der Verteilung von digitalen Endgeräten an Schüler innen und Lehrer innen nicht wie gewünscht klappt. Zwar seien alle 40.374 mobilen Endgeräte, die im Zuge des DigitalPakts des Bundes und der Länder angeschafft wurden, mittlerweile an die Schulen ausgeliefert. Insgesamt stehen 50.000 Notebooks und Tablets bereit - ausreichend für ein Viertel der Grundschüler innen und jede n fünfte n Schüler in an weiterführenden Schulen. Aber die wenigstens Schüler innen und Kolleg innen halten ein solches Gerät in Händen.

Die Geräte lagern also in großer Zahl an den Schulen, aber es gibt kein Personal, das imstande wäre, diese zeitnah einzurichten. In der Senatsantwort klingt das so: "Die abschließende Einrichtung der Endgeräte ist an den Schulen unterschiedlich organisiert und wird, ebenso wie die

Verwaltung und die Ausgabe der Endgeräte in den Schulen, von der für Bildung zuständigen Behörde statistisch nicht erfasst".

Aber selbst, wenn die Geräte ihre Empfänger innen erreichten, würden diese enttäuscht. Ein Problem ist die Netzgeschwindigkeit in den Schulen. Laut der Senatsantwort auf eine weitere von der Partei DIE LIN-KE gestellten Anfrage verfügen 47 Prozent der Schulen nur über eine Datenübertragungsgeschwindigkeit von 10 MBit/s, 40 Prozent über 50 MBit/s und lediglich 12,94 Prozent über 100 MBit/s. "Bei 10 MBit/s kann eine Videokonferenz mit 17 Teilnehmer innen stattfinden oder es könnte eine Klasse ein YouTube-Video in HD-Qualität sehen", so ein IT-Fachmann. Allein bei der Einrichtung eines iPads entstehe ein Datenverkehr von mehreren Gigabytes. "Viele Lehrer innen nehmen die Einrichtung der Endgeräte zu Hause vor, weil es da viel schneller geht", so der Fachmann.

Das Konzept sei einfach nicht durchdacht, so die Abgeordnete Boeddinghaus von der Partei DIE LINKE. "Aus Geiz wird die Bandbreite gebremst, die Schulen werden so nicht in der Lage sein, digitalen Unterricht zu machen. Der Skandal: Die KESS 1-Schulen sind am schlechtesten von allen angeschlossen, da läuft nichts", so die Linken-Politikerin. "Ein Glasfasernetz ohne breite Anschlüsse ist wie ein Auto ohne Zündschlüssel."

Die Linke fordert deshalb umgehend für alle Schulen eine Bandbreite auf der Grundlage von einem Gbit/s pro Schüler_in, was später auf 10 Gbit/s zu erhöhen ist. Die Reaktion der BSB darauf: "Die aktuellen Bandbreiten der Schulen sind nicht gering, sondern werden entsprechend der Bedarfe der Schulen gesteuert und zur Verfügung gestellt", sagt der Pressesprecher Peter Albrecht.

JOACHIM GEFFERS